

sche Diplomat und politische Schriftsteller Wladimir Olivier d'Ormesson teilnahmen, im Zusammenhang mit dem von ihm verfochtenen Standpunkt einer Einverleibung der Saar durch Frankreich auf lange Sicht von dem *besonderen Charakter* der saarländischen Bevölkerung sprach, den er als günstigen Ausgangspunkt für eine Naturalisation der traditionell deutschen Saarbevölkerung ins Feld führte. Der richtige Weg zu diesem Ziel sei eine *spezielle Gesetzgebung*, die, von *praktischen Gesichtspunkten ausgehend, in erster Linie ein Werkzeug der Assimilation darzustellen* habe⁴⁵. Ähnlich argumentierte auch die Verdier-Kommission wenige Monate später⁴⁶. Nach ihren Empfehlungen war die *glatte, ungehinderte Eingliederung der Saarländischen Wirtschaft in das französische Wirtschaftsleben* durch eine Kulturpolitik abzusichern, die in ihrer Wirkung darauf auszurichten sei, daß *die Saarländer dem Zauber des französischen Kultureinflusses und der Anziehung der diesem innewohnenden Qualitäten verfallen, damit sie uns wirklich nahekommen und aufrichtige, selbstlose Mitglieder jener politischen Gemeinschaft der Union Française werden*.⁴⁷ Das von französischer Seite und von Hector im Jahre 1945 ausgesprochene Ziel einer allmählichen Romanisierung ist später von den Gegnern einer autonomen Saar auch für den Zeitraum nach 1946 befürchtet worden. In ihren Anklagen benutzten sie stets das Schlagwort von einer geschickt getarnten „pénétration culturelle“, die Frankreich nach wie vor im Auge habe.⁴⁸ Die Realität bestätigt jedoch einen solchen Willen nicht. Die Grundsatzentscheidung für eine kommende Wirtschafts- und Währungsunion war zugleich eine Entscheidung für eine kulturpolitische Strategie, die die deutschen Kulturtraditionen an der Saar als gegeben hinnahm und jenen Gruppen an der Saar kulturpolitische Gestaltungsfreiheit zubilligte, die sich zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich bereitfanden. Für einen solchen Weg der Kooperation, der im Grunde schon im Jahre 1945 erspürbar war, sprach zudem die bereits erwähnte innen- und außenpolitisch zu erwartende massive Kritik und die Möglichkeit von Sanktionen, die eine kompromißlos das Prinzip der Selbstbestimmung ignorierende Politik des Alles oder Nichts nach sich gezogen hätte. Das Zugeständnis der Kulturautonomie, die neben der gewährten Souveränität im Sozialpolitischen den Kern der künftigen saarländischen Selbstverwaltung bilden wird, durfte sich freilich nur im Rahmen der von Frankreich gesetzten Bedingungen eines halbstaatlichen Daseins erfüllen. Akzeptiert wurde also nur eine saarländische Kulturpolitik, die im Einklang mit der erstrebten Wirtschafts- und Währungsunion und ihrer Stabilisierung

⁴⁵ Quellentexte aus *Le Rhin*, Paris, No 2, Februar 1945, S. 3 f. Zitiert nach J. Freymond, S. 37 f.

⁴⁶ Siehe oben, S. 62 und die dortige Anmerkung 8. Die Verdier-Kommission bereiste im Mai 1945 das Saarland und unterbreitete der französischen Regierung Vorschläge für eine Saarkonzeption auf der Grundlage einer nicht näher definierten autonomen Selbstverwaltung im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion.

⁴⁷ Gekürzter Bericht der Verdier-Kommission in *Le Monde* vom 7. und 8. 5. 1945. Übersetzung zitiert nach J. Freymond, S. 41.

⁴⁸ Vgl. hierzu vor allem die dokumentarisch begleitete Stellungnahme von W. Eckhardt aus dem Jahre 1954 gegen das in der Bundesrepublik weitverbreitete Vorurteil, im Saarland würde mittels eines zweisprachigen Schulunterrichts systematisch eine Entfremdung von deutschen Kulturtraditionen verfolgt. W. Eckhardt, S. 9 ff., insbesondere ab S. 11. Als Beispiele einer Agitationsarbeit im Sinne dieses Vorurteils seien genannt: Demokratische Partei Saar, Französische Kulturpolitik an der Saar. LA Saarbrücken, Bestand Nachlaß H. Schneider, Nr. 31 und W. Holtzmann, Pseudonym für W. Hoitz, S. 11. Kritisch gegenüber dem separatistischen Anspruch einer saarländischen Eigenkultur, aber die Problematik richtig erkennend, der Kommentar, den die Wochenzeitung „Die Zeit“ anlässlich des Abschieds Grandvals in ihrer Ausgabe vom 7. 7. 1955 veröffentlichte. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen von A. Schmollgen. Eisenwerth in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. 12. 1955.